

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir blicken auf ein erfolgreiches Jahr für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zurück.

Wer hätte das Anfang des Jahres 2011 gedacht? Die rot-grüne Landesregierung und Hannelore Kraft haben sich auch als Minderheitsregierung entgegen mancher Unkenrufe bewährt! NRW bewegt sich, beispielsweise bei den Kommunal финанzen, beim weiteren Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder oder beim Schulkonsens.

Die Weichen für die „Neue Mitte Honsberg“ sind gestellt – ein wichtiges sozialdemokratisches Projekt konnte mit breiter Zustimmung des Rates auf den Weg gebracht werden. Mit dem Abbruch des ehemaligen Gemeindezentrums wird deutlich, dass aus einer kühnen Idee nun endlich Wirklichkeit wird: ein neuer Aufbruch für den Honsberg!

Es ist ein Zeichen für eine

tolerante und offene Stadt. Dafür streiten wir. Dafür setzen wir uns ein. Gemeinsam stehen wir in Remscheid für diese Werte. Wenn am 24. März 2012 Rechtsextreme diese in Frage stellen wollen, werden wir deutlich machen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hier bei uns keinen Platz haben!

So liegt es an uns selbst, diese stille Jahreszeit mit angenehmen Stimmungen zu füllen und in Ruhe bei Musik, Kerzen und Weihnachtsplätzchen zu entspannen.

Auch Treffen mit der Familie und Freunden erlangen nun eine wertvolle ja besondere Bedeutung. Man bereitet sich gemeinsam mit neuen Hoffnungen, Zielsetzungen und Wünschen auf das kommende Jahr vor.

Der Jahreswechsel wird dann durch neue Visionen geprägt.



Wir wünschen Dir und Deiner Familie ein ganz besonderes Weihnachtsfest und einen erfolgreichen Start in das Jahr 2011.

Gleichzeitig möchten wir uns bei Dir für die angenehme Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr bedanken und freuen uns auf weitere interessante Gespräche und Begegnungen im Neuen Jahr.

Den Auftakt hierzu bildet der traditionelle Neujahrsempfang des SPD Ortsvereins Remscheid-West und des SPD Unterbezirks Remscheid zu dem wir herzlich einladen

und der am

Sonntag, 8. Januar 2012,
um 11.00 Uhr,
im Lindenhof, Lindenhofstraße 13, 42857 Remscheid

stattfinden wird. Wir freuen uns, Dich an diesem Sonntagvormittag im Lindenhof begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Wolf MdL, Ortsvereinsvorsitzender SPD Remscheid West

Sven Wiertz, Unterbezirksvorsitzender SPD Remscheid

Stärkungspakt Stadtfinanzen in Düsseldorf beschlossen

Am 08.12.2011 wurde im Landtag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ beschlossen. Zuvor war in diesem Jahr bereits die lange überfällige Grunddaten-

lionen Konsolidierungshilfe und hoffentlich ab 2014 um 4,5 Millionen für die Grundsicherung vom Bund deutlich verbessert.

„Der Stärkungspakt ist ein weiterer Baustein zur Hilfe für die Kommunen, der mit

betonte, dass damit der jahrelange Raubzug durch die Kommunen ein Ende gefunden hat“ berichtet Sven Wolf, Remscheids Landtagsabgeordneter aus der Debatte im Düsseldorfer Landtag.

Im Ergebnis greift der Kom-

der Zeit nicht vorlagen. Nach diesem Gutachten ergibt sich für Remscheid ein strukturelles Defizit in Höhe von € 19 Mio., für Wuppertal in Höhe von € 172 Mio. und für Solingen in Höhe von € 58 Mio. 80 % der Landeshilfe werden nach diesem Gutachten und 20 % nach der Einwohnerzahl verteilt.

„Ein alleiniger Vergleich der Zuweisungen nach Einwohnerzahl verkennt, dass Wuppertal nach dem Gutachten zumindest eine fast 9mal höhere Haushaltslücke hat als wir in Remscheid“ erläutert Wolf. „Im kommunalpolitischen Arbeitskreis und in der Landtagsfraktion habe ich intensiv über den Stärkungspakt diskutiert. Dabei habe ich immer wieder ein-

[Weiter auf Seite 2 »](#)

24 Millionen beim GFG
10 Millionen Konsolidierungshilfe
4,5 Millionen für die Grundsicherung

anpassung für die jährliche Landeszuweisung (sog. Gemeindefinanzierungsgesetz kurz GFG) nachgeholt werden.

Unterm Strich hat sich die Haushaltslage für Remscheid seit 2010 um 24 Millionen beim GFG, um rund 10 Mil-

dem Wechsel der Landesregierung in 2010 auf den Weg gebracht wurde. Die Hilfe für arme Städte, wie etwa Remscheid, Solingen und Wuppertal, steht weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung. Unser kommunalpolitischer Sprecher Michael Hübner

promiss zwischen SPD, Grünen und FDP jetzt auf das bereits von der schwarz-gelben Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten von Lenk und Junkernheinrich zurück, da andere belastbare Zahlen, wie etwa Jahresabschlüsse, leider in der Kürze



REMSCHIEDER ZEITUNG

THEMEN

Einladung Neujahrsempfang

Seite 1

Stärkungspakt Stadtfinanzen

Seite 1

AsF Frühstück

Seite 2

Inklusion

Seite 2

AG60+ im Landtag

Seite 2

TERMINE

25.11.2011 - 08.01.2012

Weihnachtsdorf mit Eislaufbahn

weihnachtsdorf-remscheid.de

23.12. - 06.01.

Weihnachtsferien

08.01.2012

SPD Neujahrsempfang im Lindenhof

23.02.2012, 16:15 Uhr

Ratssitzung

AUSGABE NR. 25, 23.12.2011



Fortsetzung von Seite 1 »

gefordert, vorab bei allen 34 Kommunen zu prüfen, ob ein Haushaltsausgleich möglich ist. Ein Testgutachten gab es aber leider nur für Wuppertal. Daher war die Freude in Wuppertal natürlich groß. Dort ist bereits jetzt klar: Ein Haushaltsausgleich ist machbar.“

Oberbürgermeisterin Beate Wilding hat gemeinsam mit Stadtkämmerin Bärbel Schütte in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanz-

ausschusses am 07.12.2011 die finanziellen Auswirkungen für Remscheid dargestellt. Demnach kann in 2015 damit gerechnet werden, dass nur noch rund 4 Millionen neue Kassenkredite und voraussichtlich ab 2016 keine neuen Kassenkredite aufgenommen werden müssen. „Eine wichtige Änderung gibt es im jetzt beschlossenen Gesetz auch. Sollte es den Städten bis 2016 nicht gelingen, den Ausgleich zu erreichen, gibt es nunmehr einen Ausnahmekatalog, der dies toleriert“, berichtet Wolf von den letzten Änderungen.

Auf die Frage des Rechenfehlers angesprochen, erläutert Sven Wolf: „Dank der hervorragenden Unterstützung der Mitarbeiter der Remscheider Kämmerei ist es gelungen, noch kurz vor Verabschiedung des Gesetzes deutlich auf den Fehler hinzuweisen. Der Gutachter hat leider erst kurz zuvor bestätigt, dass

Soziallasten für die Jahre 2007 und 2008, die in Remscheid seinerzeit in eine falsche Gruppe eingetragen wurden, nicht eingeflossen sind. In der letzten Sitzung des Kommunalpolitischen Ausschusses berichtete die Landesregierung, dass neben Remscheid drei weitere Städte die Herleitung der verwendeten strukturellen Lücke rügen. Neben Remscheid sind dies die Städte Dorsten, Oer-Erkenschwick und Minden. Ähnlich wie Remscheid tragen diese Städte vor, die Berechnung der Lücke im Gutachten Lenk und Junkerheinrich sei nicht nachvollziehbar, da den Kommunen entstandene Sozialausgaben oder Personalausgaben nicht abgebildet seien. Die Landesregierung sagte erneut eine umfassende Prüfung zu und wird voraussichtlich in der Sitzung am 20. Januar 2012 berichten.

Weichen für die Schulentwicklung gestellt

Der Rat der Stadt Remscheid hat die Empfehlungen des Schulausschusses zur künftigen Entwicklung der Schullandschaft im Bereich der Sekundarstufe I bestätigt. Alle Beteiligten haben nun in den nächsten Jahren Planungssicherheit und können sich an die Arbeit machen. Der erste wichtige Baustein wird die umfassende Elternbefragung sein, um die Frage nach der Einrichtung einer neuen Sekundarschule am Rosenhügel zu beantworten. Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen und den nicht mehr erfolgten Anmeldungen werden die Hauptschule am selben Standort und im Schulzentrum Klausen geschlossen. Das Weiterbildungskolleg wird seine neue

Heimat dafür im Schulzentrum in Lüttringhausen finden. Einstimmig folgte der Rat dem Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und GRÜNEN, einen Neubau für das Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung zu planen.

»Schüler und Eltern haben die Wahl«



Der nun beschlossene Kompromiss zur Schulentwicklungsplanung in der Sekundarstufe I bietet für alle Schulen die Chance, sich weiter zu entwickeln und sich in den Reformprozess auf Stadtebene einzubringen.

– Kommentar von Hans Peter Meinecke

Keine Schulform wird benachteiligt oder geschlossen. Alleine der Wille der Schüler und Eltern entscheidet langfristig darüber, wie es weitergeht. Eine klare Zielvorgabe seitens des Rates gibt es allerdings hierzu: längeres gemeinsames Lernen soll mehr und mehr den Schulalltag bestimmen. Ein erstes konkretes Angebot wird den Eltern mit der Gründung der ersten Sekundarschule in Remscheid von politischer Seite gemacht. Am Rosenhügel soll gemeinsames längeres Lernen von der Klasse 5 – 10 möglich sein. In enger Kooperation

mit der Albert-Einstein-Gesamtschule besteht im Anschluss die Möglichkeit des Besuchs der Oberstufe mit dem Ziel, das Abitur zu erwerben. Dieses Angebot gilt insbesondere für die Schüler, die bisher in der Innenstadt an den Gesamtschulen abgelehnt wurden. Um die neue Schule zum Leben zu erwecken, müssen nun zunächst die Eltern in einer Befragung diese Schulform wählen und die notwendigen Anmeldungen anschließend vorliegen. Dieses Verfahren schreibt das nordrhein-westfälische Schulgesetz vor.

Größtes Hindernis zur Grün-

dung der dritten Gesamtschule ist die bestehende Gebäudesituation. Durch die Fortschreibung der Schülerzahlen ist der Bedarf für die bestehenden Schulen gegeben. Vorausgesetzt, die Gymnasien einigen sich auf eine gleichmäßige Verteilung ihrer Schüler auf alle vier Standorte. Die Gründung einer vierzügigen Gesamtschule setzt einen Neubau oder die Verlagerung einer bestehenden Schule voraus. Im Sinne des Schulfriedens hat die Politik zunächst auf diesen Schritt verzichtet. Neu überlegt werden muss, wenn die Sekundarschule nicht zu Stande kommt und die Anmeldungen an den Gesamtschulen unverändert bleiben. Für diesen Fall hat der Rat die Verwaltung parallel beauftragt, nach einem

Standort für eine dritte Gesamtschule zu suchen. Die nun auftauchenden ersten Beschwerden aus einer Realschule zeigen, wie schwierig dieser Prozess ist. Hatten in der Schulleiterrunde noch alle Schulformvertreter ein Mittragen des Konzeptes signalisiert, werden nun wieder über die Elternvertreter alte Ängste in Umlauf gebracht. Gerade dieses Denken in Schubladen soll mit dem eingeschlagenen Weg durchbrochen werden. Für die SPD stehen die Schülerinnen und Schüler im Vordergrund und nicht das Festhalten an einer bestimmten Schulform.



Traditionelles AsF – Frühstück

Von Elfriede Korff

Die AsF hatte für den 13.11.2011 zu ihrem traditionellen Frühstück von Frauen für Frauen und Männer eingeladen. Frau Grafweg, Leiterin der Justizvollzugsanstalt in Remscheid-Lüttringhausen war unser Gast.

Ca. 40 Frauen und Männer kamen zu uns und fühlten sich offensichtlich sehr wohl. Alle waren von dem leckeren Frühstück begeistert; Inge Brenning, Renate Schmid und viele Helferinnen waren hierfür verantwortlich.

Frau Grafweg berichtete anschaulich über ihren Werdegang und ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit als Leiterin der JVA.

Wir waren alle beeindruckt und dankten ihr für mit großem Beifall.

Großen Anklang fand auch eine Verlosung von netten Geschenken.

Landschaftsversammlung verabschiedet Resolution zur Inklusion

In der Sitzung am 14. Dezember 2011 hat sich die Landschaftsversammlung Rheinland mehrheitlich zu den Zielen der UN – Behindertenrechtskonvention bekannt und wird sich für deren Umsetzung einsetzen. Mit diesem Schritt werden die Ziele als Leitlinien für das Handeln des Landschaftsverbandes verankert.

„Wichtig ist für mich, dass wie in der Resolution ausdrücklich erwähnt, die Menschen mit Behinderungen in die prozesshafte Gestaltung der beschriebenen Entwicklungslinien systematisch als „Experten in eigener Sache“ einbezogen werden“, so das Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, Martin Brink.

Die Mitglieder der Landschaftsversammlung haben sich mit der Annahme der Resolution verpflichtet, als Botschafter der UN Konvention und deren Umsetzung vor Ort zu fungieren. Sie stehen interessierten Menschen und Organisationen hierzu gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen unter: www.spd-remscheid.de

Editorial Liebe Leserinnen und Leser,



das Land nimmt beim U3 Ausbau die Zügel in die Hand. Keine andere Interpretation lässt die Pressemitteilung der zuständigen Ministerin, Ute Schäfer, zum Krippengipfel vom vergangenen Montag in Düsseldorf zu. Eine Task Force den betroffenen Einrichtungen und Träger zur Seite stehen und mögliche Probleme aus dem Weg räumen. Selbst den Kommunen im Nothaushaltsrecht, wie Remscheid, wird ein breiter Korridor zur Umsetzung des U3 Ausbaus eingeräumt. Es ist nun zu hoffen, dass im kommenden Jahr die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden, damit bei den betroffenen 24 Einrichtungen Planungssicherheit einkehrt. Dies wäre ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk zur Freude unserer Kleinsten.

Von Martin Brink

Bilder aus dem Parteileben



AG60+ besucht den Landtag

50 Mitglieder der Remscheider AG 60plus um ihre Vorsitzende Rita Jungesblut-Wagner und die Organisatorin Inge Brenning waren der Einladung ihres Abgeordneten gefolgt und mit dem Reisebus in die Landeshauptstadt aufgebrochen.

Impressum

V.i.S.d.P.:

SPD-Unterbezirk Remscheid
Ruth Meiß

Redaktion:

Sven Wolf,
Elfriede Korff
und Martin Brink.

Kontakt:

Elberfelder Straße 39
42853 Remscheid
02191 4600622
www.spd-remscheid.de

Artikelannahme:

Artikel können bis jeweils sieben Tage vor der nächsten Ratssitzung im UB-Büro eingereicht werden.

UB.Remscheid.NRW@SPD.de